KLARTEXT FÜR DEN KREIS PLÖN

Kommunalwahlprogramm 2008
der FDP Kreis Plön

Inhalt

		Seite
I.	Präambel	3
II.	Verwaltung mobilisieren– Bürokratieabbau	4
	1. Solide Finanzen	4
	2. Bürger und Verwaltung	5
	3. Kreisgebietsreform	5
III.	Bildung, Erziehung und Schule verbessern	5
	1. Schule	5
	2. Jugend und Zukunft	7
	3. Soziales Miteinander	7
IV.	Kooperation im Gesundheitswesen in der Kommune verstärken	9
V.	Effizienten Umweltschutz grüner Ideologie vorziehen	10
VI.	Wirtschaft fördern – Arbeitsplätze schaffen	11
	1. Wirtschaft	11
	2. Tourismus	11
	3. Landwirtschaft	12
VII.	Polizei stärken – Zivilcourage fördern	13
VIII.	Verkehrsinfrastruktur verbessern	14
IX.	Listenkandidaten	15

I. Präambel

Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger:

Am 25. Mai 2008 **entscheiden Sie** über die Besetzung der Kommunalparlamente und über die Politikgestaltung in Ihrem Kreis oder Ihrer Kommune - **für die nächsten fünf Jahre**. Mit **Ihrer Entscheidung** sind mithin weit reichende Folgen verbunden, die Ihr unmittelbares Lebensumfeld betreffen.

> ***„Als sie ihr Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten sie ihre Anstrengungen*.“** (Mark Twain)

Damit Sie unsere politischen Ziele immer im Blick behalten legt Ihnen die **FDP** im Kreis Plön hiermit ihr **Grundsatzprogramm zur Kommunalwahl** vor, das Ihnen zur Orientierung dienen und **bei** Ihrer **Wahlentscheidung helfen soll**.

An den Anfang unserer Überlegungen haben wir den **Umgang mit den Finanzen gestellt**, weil wir neben der Frage**: „Was soll der Staat überhaupt leisten oder regeln?“** vor allem die Frage: **“Was kann sich der Staat noch leisten, ohne den nachfolgenden Generationen dauerhaft zu schaden?“** bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen als vordringlich ansehen. Denn trotz ständig steigender Steuereinnahmen nimmt auch die Verschuldung der Kommunen stetig zu. Die **FDP** hält daher sowohl in den Verwaltungshaushalten als auch in den Vermögenshaushalten eine ständige und hinsichtlich der Aufgaben eine nach Prioritäten definierte Überprüfung aller Ausgaben für erforderlich. Nur so werden dringende erforderliche Investitionen z.B. in **Bildung und Erziehung** unserer Kinder künftig überhaupt noch möglich sein.

Unterstützen Sie uns bei der Durchsetzung unserer Ziele und wählen Sie am 25. Mai 2008 die/den Kandidatin/Kandidaten der FDP.

Martin Wolf
FDP - Kreisvorsitzender

II. Verwaltung mobilisieren – Bürokratieabbau

1. Solide Finanzen – nachhaltige Finanzpolitik

Die Überschuldung der kommunalen Haushalte hat sich verschärft.
Wir wollen unseren Kindern und Enkeln geordnete Finanzen hinterlassen. Deshalb ist dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Um die Finanzsituation nachhaltig zu verbessern, ist eine Überprüfung aller Ausgaben notwendig. Die gegenwärtige Erhöhung der Staatseinnahmen hat nämlich gezeigt, dass selbst unter hervorragenden Einnahmebedingungen vielerorts kein Schuldenabbau erreicht worden ist.

Einsparungen sind unumgänglich. Damit gleichzeitig notwendige Investitionen möglich bleiben, müssen alle Mittel der Kostenersparnis geprüft und ausgeschöpft werden.

Die FDP des Kreises Plön fordert:

- die Ausschöpfung aller Rationalisierungsmöglichkeiten in der Verwaltung und den Einrichtungen des Kreises einschließlich weitgehender Privatisierungen und kostengünstiger Aufgabenübertragungen (z.B. bessere Kooperation und zum Teil Zusammenlegung von Verwaltungsbereichen zwischen Kreis und Gemeinde, beispielsweise der bauamtlichen Aufsicht). Kooperation von Gebietskörperschaften und Reduzierung der Personalkosten (verstärkter IT-Einsatz).

- die vorbehaltlose Ausgabenprüfung bei allen freiwilligen Leistungen. Beschränkung aller freiwilligen Leistungen und Zuschüsse auf das unbedingt Notwendige und unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungskraft der Empfänger.

- eine sorgfältige Abwägung bei allen Investitionen in bezug auf ihre Notwendigkeit und insbesondere ihre Auswirkungen auf künftige Gestaltungsmöglichkeiten und Wirtschaftsperspektiven

- Effizienzsteigerung und Einsparung durch Privatisierung.

- Kooperation zwischen Kommunen und privaten Dienstleistern („öffentliche -private Partnerschaft“, ÖPP) zur Mobilisierung privaten Kapitals, um auch in Zeiten hohen Schuldenstandes notwendige Investitionen in die Schaffung und den Erhalt von Infrastruktur zu ermöglichen.

2. Bürger und Verwaltung

„Das Wichtigste in unserem Staat sind die Gemeinden, und das Wichtigste in den Gemeinden sind die Bürger.“ (Theodor Heuss)

Daher ist jede **unmittelbare Bürgerbeteiligung** zu fördern.

Die FDP des Kreises Plön fordert die Verwaltung auf,

- die Bürgerinnen und Bürger so rechtzeitig, umfassend und verständlich vor Entscheidungen zu informieren, dass gute und sinnvolle Vorschläge und berechtigte Einwände besser berücksichtigt werden können;

- die Bürgerinnen und Bürger über alle Verwaltungsvorgänge – soweit von öffentlichem Interesse oder gewünscht - möglichst vollständig zu informieren;

- Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit von Sitzungen vorab zu begründen und die Begründungen zusammen mit den Sitzungsunterlagen vorzulegen. Im Kreistag wird die FDP sich dafür einsetzen, die Beratung in nicht-öffentlicher Sitzung auf das absolut notwendige Minimum zu beschränken.

Die öffentliche Verwaltung soll sich auf ihre Kernbereiche konzentrieren.

Liberale vertreten die Auffassung, dass alle Möglichkeiten zur **Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen** durch geeignete Wirtschaftsfachleute geprüft und ggf. genutzt werden sollten. Dies bezieht sich auf bisher in kommunaler Hand bewirtschaftete Einrichtungen (z.B. Klärwerke, Kurverwaltungen,...) und Aufgaben (z.B. Grünflächenpflege, Straßenreinigung,...). Im Zweifel muss die Verwaltung nachweisen, dass sie eine Aufgabe besser, kostengünstiger und schneller erfüllen kann.

Die FDP unterstützt die Übertragung bestimmter öffentlicher Aufgaben auf Vereine und andere Zusammenschlüsse ehrenamtlich tätiger Bürger.

3. Kreisgebietsreform

Die Größe der Kreisgebiete in Schleswig-Holstein gewährleistet gegenwärtig die ehrenamtliche Tätigkeit der Kreistagsabgeordneten. Größere Kreise erschweren die Effizienz der ehrenamtlichen Selbstverwaltung und eine effektive Kontrolle der Verwaltung.
Auch die bisher vorhandene Bürgernähe würde verloren gehen.
Es ist überdies noch immer fraglich, ob der Zusammenschluss von Kreisen eine den vorstehenden Nachteilen gegenüber angemessene Kosteneffizienz erbringt. Schließlich steht aber fest, dass theoretische Einsparungen – wenn überhaupt – nur mittelfristig eintreten können.
Demgegenüber ist eine Zusammenarbeit über die Verwaltungsgrenzen hinweg sinnvoll und kann sogleich auf ihre wirtschaftlichen Effekte hin überprüft werden.

Die **FDP im Kreis Plön** fordert daher:

- bei gegenwärtigem Kenntnisstand die Beibehaltung des Kreises Plön in der bisherigen Gebietsstruktur,

- mögliche Zusammenschlüsse von Kreisen nach gründlicher Prüfung und nur auf freiwilliger Basis,

- Die Ausweitung der zwischen den Kreisen bestehenden Kooperationen.

III. Bildung, Erziehung und Schule verbessern

1. Schule

Kinder und Jugendliche verbringen werktags zwischen 4 und 9 Stunden in Gebäuden der öffentlichen Hand. Deshalb ist ein elementares Anliegen der liberalen Kommunalvertreter, für sie

Gebäude und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, die ihre Gesundheit schützen, ihr Umweltbewusstsein stärken, ihre ästhetische Kompetenz entwickeln sowie ihren Ordnungssinn fördern. Nur in solchen Räumen kann Lernfreude gedeihen, Anstrengungsbereitschaft erhalten bleiben und Identifikation mit dem Lernort entstehen.

Die FDP will daher Mittel einsetzen, um Schulgebäude und die Gebäude für Kindergärten und -tagesstätten umweltfreundlich zu sanieren und hell und freundlich zu gestalten und sachgerecht für den Unterricht einzurichten.
Lichte und übersichtliche Räume und Wege bauen Ängste ab und erhöhen die Lern- und Lebensqualität. Die Beseitigung von Schmuddelecken, uneinsehbaren Winkeln und dunklen Wegen ist ein erster Schritt zur Eindämmung von Mobbing, Bedrohung, Drogenhandel und -verzehr sowie Gewalt.

Viele Schulhöfe sind versiegelt und ungepflegt. Sie haben keinerlei Spielgerät oder bewegungsfördernde Angebote, weil sie in der unterrichtsfreien Zeit frei zugänglich sind und die Geräte häufig zerstört werden. Diese traurigen Plätze unterdrücken den Bewegungsdrang der Kinder und geben keine Spielanreize.

Die FDP will daher Mittel einsetzen, um die Schulhöfe Spiel gerecht und erholungsfördernd umzugestalten. Wo es nötig ist, müssen diese schulischen Pausenoasen auch durch Zäune vor Vandalismus gesichert werden, um erhalten zu bleiben.

Die Freiheit des Einzelnen, seine Bildungspotenziale optimal zu entwickeln, ist der Kern liberaler Bildungsgedanken. Voraussetzung dafür ist, dass ihm alle Bildungswege gut zugänglich sind und dass ihre Qualität hochkarätig ist. Nutzen muss er sie selbst, denn für das Lernen an sich trägt das Individuum selbst die größte Verantwortung.

Aber auch hierbei kann die Kommune die Anstrengungen und Chancen des Einzelnen verbessern oder verringern, denn der Erhalt von Schulangeboten vor Ort stellt per se noch keine Chancengerechtigkeit bei der Entwicklung individueller Bildungspotenziale sicher. Es ist die Qualität dessen, was in den Gebäuden geschieht, die zwingend hinzutreten muss und die über Erfolg oder Misserfolg entscheidet. Deshalb gilt es, ein wachsames Auge auf den bildungswirksamen Einsatz öffentlicher Gelder zu haben.
Präventionsarbeit ist unbestritten die Grundlage zur Aufarbeitung schwerer Defizite und Vermeidung von Verhaltensauffälligkeiten und Straftaten. Zudem ist sie kostengünstiger als die Beseitigung der Folgen.
Deshalb gehört Schulsozialarbeit in die Schule.
Neben der kindgerechten Ausstattung der kommunalen Kindergärten sowie der Einstellung von genügend hochwertig qualifizierten Erzieherinnen und auch Erziehern ist der Erhalt gut arbeitender Grundschulen ein wichtiger Schritt zur Chancengerechtigkeit.
Bei Bedarf will die FDP an Grundschulen offene Ganztagsangebote sicherstellen.

Liberale setzen sich dafür ein, dass der Kreis die Schulträgerschaft der Gymnasien beim Kreis verbleibt.
Kultur und Künste entfalten schöpferische Kräfte. Sie dienen der Selbstverwirklichung des einzelnen und der Humanisierung der Gesellschaft.

Die FDP des Kreises Plön will

- alle Bestrebungen unserer Bürgerinnen und Bürger unterstützen, sich aktiv schöpferisch zu betätigen,

- Vielfalt, Offenheit und privates Engagement und

- Mut zu neuen Ideen fördern, auch dann, wenn diese Ideen zunächst unpopulär sind.

Liberale lehnen Bevormundung und Zensur bei Kultur und Künsten ab.

Die **Volkshochschulen** bilden als kommunale Einrichtung das Rückgrat der **Erwachsenenbildung**. Besondere Beachtung verdienen hierbei **die Erhaltung und Verbesserung des Volkshochschulangebotes im ländlichen Raum.**

2. Jugend und Zukunft

Wir setzen uns für eine Werteorientierte Erziehung und Bildung ein.

Ein Kind wird in seinen ersten Lebensjahren elementar geprägt – zu Hause und in seinem täglichen Umfeld.
Wir wollen Eltern von Anfang an bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen. Dazu wollen wir im Kreis Plön die Verteilung von Elternbriefen einführen.

Wir unterstützen auf Kreisebene das „Lokale Bündnis für Familien".

Wir verfolgen das Ziel, schon Kindern und Jugendlichen – natürlich altersgemäß - zu vermitteln, welch hohes Gut wir mit einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft besitzen und zu schützen haben.
Wir wollen, dass die kommunalen Parlamente Jugendliche altersgemäß in Entscheidungsprozesse mit einbeziehen und setzen uns für die Entwicklung geeigneter Verfahren dafür ein.

Wir wollen die Erreichbarkeit und Nutzung von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche, vor allem auch Angebote in offenen oder gebundenen Ganztagsschulen, fördern. Auch bei knappen öffentlichen Mitteln räumen wir dieser Aufgabe Vorrang ein. Wir suchen dabei die Zusammenarbeit mit freien Trägern (Vereinen, Initiativen, Kirchen, …).

Die Liberalen unterstützen die Förderung der Sport- und Jugendverbände, der kirchlichen Jugendarbeit, der Wohlfahrts- und Umweltschutzverbände sowie der Kreismusikschule auch weiterhin; sie lehnen Einsparungen im Bereich der Jugendarbeit ab.

3. Soziales Miteinander

Liberale Sozialpolitik folgt dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe: Sie versetzt den Einzelnen in die Lage, sich möglichst aus eigener Kraft aus seiner Notlage zu befreien. Dazu brauchen die Menschen Anreize, selbst tätig zu werden.

Die FDP des Kreises Plön fordert:

Die kommunalen Parlamente beschäftigen sich im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten und Zuständigkeiten mit der Situation von denjenigen, die Sozialhilfeleistungen und Leistungen aus dem ALG II erhalten.
Hierzu gehören nicht zuletzt fortlaufende statistische Informationen durch die zuständigen Verwaltungen über den Kreis der Leistungsempfänger und die jeweiligen Geldflüsse.
Dabei kommt dem Aspekt der zunehmenden Kinderarmut besondere Bedeutung zu.

Die FDP des Kreises Plön fordert, dass die kommunalen Parlamente Wege suchen, die Situation derjenigen, die unverschuldet in Not geraten sind und die allein aus eigener Kraft keinen Ausweg finden können, zu verbessern. Dabei sollen aber auch sichergestellt sein und verhindert werden,

dass Leistungen der Allgemeinheit, die für gerade diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden sollen, missbraucht werden.

Kinderbetreuung

Die Erziehung ihrer Kinder ist das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern. Beide Elternteile sollen im Sinne einer Wahlfreiheit frei entscheiden können, inwieweit sie ihr Kind zu Hause selbst betreuen oder ein Angebot der Kinderbetreuung in Anspruch nehmen möchten.

Die Wahlfreiheit der Eltern setzt allerdings voraus, dass verschiedenste Formen der Tagesbetreuung auch tatsächlich zur Verfügung stehen.

Die Objektförderung, d. h. die Förderung einer Einrichtung ist auf die Subjektförderung, d. h. auf die Förderung jedes einzelnen Kindes umzustellen. Der Systemwechsel wird durch Einführung eines Gutscheinsystems für die frühkindliche Bildung und Betreuung erreicht.
Die FDP setzt sich auf Bundesebene außerdem dafür ein, die finanziellen Belastungen von Familien mit Kindern besser auszugleichen.

Ein zügigerer Ausbau der Kindertagesbetreuung und eine Reduzierung der Kosten der Öffentlichen Hand können erreicht werden, wenn gerade private Initiativen wie Elterngruppen, privat gewerbliche Initiativen und die Betriebe tätig werden. Hier sollten alle Vergünstigungen gelten, die für Existenzgründer bereits heute vorgesehen sind, z.B. Investitionszulagen oder günstige Darlehen der KfW.
Unbedingt abzubauen sind bürokratische Hemmnisse z.B. im Baurecht, die häufig sehr kostenträchtig und daher nicht zu finanzieren sind. Die Betreuungsmöglichkeiten und auch das Arbeitsrecht müssen so flexibel werden, dass das betreuende Personal sich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren kann und dass sich nicht umgekehrt die Eltern an den Bedürfnissen des Personals orientieren müssen.

Ältere Menschen

Gesellschaft, Politik und Medien müssen die Probleme älterer Frauen wahrnehmen und nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen.
Auf kommunaler Ebene fordern wir die verstärkte Umsetzung von Wohnformen, die altersgerecht und bezahlbar sind. Wir fordern, dass kleine Wohneinheiten und Mehrgenerationenhäuser für freie Trägerschaften ermöglicht werden. Senioren und Seniorinnen sollen sicher und barrierefrei leben können. Dies beinhaltet insbesondere auch die entsprechende Herrichtung der kommunalen Infrastruktur.

Angebote zur Weiterbildung müssen auf die Bedürfnisse von älteren Menschen abgestimmt sein.

Wir setzen uns dafür ein, gemeinsame Projekte von Älteren mit Jugendlichen zu gestalten und zu fördern.

Erziehung und Schule müssen ihr Altersbild neu definieren und aktualisieren. Ältere und alte Menschen dürfen nicht automatisch abgeschrieben werden. Menschen gehören in allen Lebensphasen integriert in das familiäre und gesellschaftliche Leben.

Wir unterstützen die Schaffung von Seniorenbeiräten (gemäß § 47 d Gemeindeordnung Schleswig-Holstein).
Diese sollen die Aufgabe haben, die kommunalen Parlamente in allen Fragen, die die älteren Menschen in besonderem Maße betreffen, zu beraten. Sie sind vor jeder Entscheidung, die Auswirkung auf die Lebenssituation älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger hat, zu hören.
Insbesondere müssen die Seniorenbeiräte in die Bauleitplanung (B-Planungen) und in die Arbeit

der vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung (sog. kriminalpräventive kommunale Räte) eingebunden werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wir setzen uns für gleichberechtigte und partnerschaftliche Verteilung und Anerkennung von beruflicher Arbeit, Familienarbeit und ehrenamtlicher Tätigkeit ein.
Frauen und Männer sollen frei entscheiden können, wie sie die jeweiligen Phasen ihres Lebens gestalten.
Dazu gehören in erster Linie in qualitativer und quantitativer Hinsicht ausreichende Möglichkeiten der Kinderbetreuung, damit die alten Begriffe wie „Rabenmutter“ für berufstätige Mütter und „Weichei“ oder ähnliches für Kinder betreuende und den Haushalt versorgende Väter der Vergangenheit angehören können.
Um diesen Kulturwandel zu unterstützen, setzen wir uns dafür ein, dass nicht nur werdenden Müttern, sondern auch werdenden Vätern ganz selbstverständlich Beratung über die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeboten wird – in ihrer Kommune, von ihren Arbeitgebern, von sonstigen Beratungsstellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen nicht nur flächendeckend erhalten bleibt, sondern auch weiter entwickelt wird zum „Diversity-Management“, wie es bereits in großen Unternehmen der Wirtschaft praktiziert wird.
Durch bewussten Umgang mit der Verschiedenartigkeit von Menschen sollen Diskriminierungen verhindert werden und Chancengleichheit verbessert werden.
Dabei steht die Gesamtheit der Beschäftigten im Unternehmen oder der Einwohnerrinnen und Einwohner in einer Kommune im Fokus.
Bei den zu beachtenden Unterschieden handelt es sich zum einen um die äußerlich wahrnehmbaren Unterschiede, von denen die wichtigsten Geschlecht, Ethnie, Alter und körperliche Behinderung sind und zum anderen subjektive Unterschiede wie die sexuelle Orientierung, Religion und Lebensstil.

Bei Diversity-Management handelt es sich um mehr als nur die Umsetzung von Antidiskriminierungsvorschriften, sondern um ein Gesamtkonzept des Umgangs mit personaler Vielfalt in einem Unternehmen, in einer Kommune, in der Gesellschaft - zum Nutzen aller Beteiligten.

IV. Kooperation im Gesundheitswesen in der Kommune verstärken

Eine gute Versorgung im Krankheitsfall ist das zentrale Anliegen der Menschen an die kommunale Gesundheitspolitik.

Trotz der Überbürokratisierung und Reglementierung des Gesundheitswesens müssen die Kommunen Rahmenbedingungen schaffen, damit den kranken Menschen in zumutbarer Entfernung ein ausreichendes Angebot an medizinischer und pflegerischer Leistung durch Heilberufe, Pflegedienste und Krankenhäuser zur Verfügung steht.

Die **FDP des Kreises Plön** fordert eine enge Kooperation der freien, niedergelassenen Heilberufe untereinander sowie mit den Krankenhäusern der Region.

Eine dem Bedarf angepasste Versorgung auf den verschiedenen Leistungsebenen (Grund-, Regel-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung) ist zu gewährleisten. Die Privatisierung von kommunalen Krankenhäusern soll möglich sein.

Die Kooperation von Krankenhäusern ist über Verwaltungsgrenzen hinaus zu fördern, damit Leistungen vor Ort kostengünstig angeboten werden können. Die Kooperation zwischen den

niedergelassenen Heilberufen und Krankenhäusern ist ständig zu verbessern und auszubauen. Dabei ist auch daran gedacht, dass Niedergelassene in den Krankenhäusern praktizieren.

Gesundheitsbildende und –fördernde Maßnahmen durch Vereine, Volkshochschulen, Schulen etc. sollen unterstützt und gefördert werden.

Pflegedienste, Krankentransport- und Rettungsdienste sind so zu organisieren, dass chancengleicher Wettbewerb für Private und gemeinnützige Anbieter ermöglicht wird.

V. Effizienten Umweltschutz grüner Ideologie vorziehen

Eine verantwortungsbewusste Umweltpolitik im Kreis Plön muss das Ziel haben, auch für **künftige Generationen eine gesunde Natur und eine intakte Umwelt** zu erhalten. Eine solche Politik dient auch den vom Tourismus geprägten wirtschaftlichen Interessen unseres Kreises.

Primäres **Ziel liberaler Umweltpolitik** ist es, die Bürgerinnen und Bürger bei umweltpolitischen Entscheidungen möglichst eng einzubinden. Sie müssen überzeugt statt bevormundet und kontrolliert zu werden. Nicht Verordnungen, sondern nur eigene Einsichten bewirken nachhaltig umweltgerechtes Verhalten.

Die FDP des Kreises Plön lehnt es daher ab,

- wenn im Namen des Naturschutzes ohne eine überzeugende Begründung Maßnahmen durchgesetzt werden und

- wenn Maßnahmen ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse und Vorstellungen der Menschen vor Ort ergriffen werden.

Um eine Zweckentfremdung der durch die Bürger geleisteten Gebühren für Abfall, Energie, Wasser und Abwasser beispielsweise zur Sanierung des kommunalen Haushalts zu vermeiden, setzt sich die FDP für eine **privatwirtschaftliche oder teilprivatwirtschaftliche Organisation** dieser Aufgaben ein.

Für den Naturschutz fordert die **FDP** mehr Kooperation mit den Betroffenen durch freiwillige Maßnahmen und einen Ausbau des Vertragsnaturschutzes.

Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt können auch auf kommunaler Ebene nur gewährleistet werden, wenn die Menschen im Mittelpunkt der Umweltpolitik stehen. Menschen, die sich in ihrer Heimat wohl fühlen, leisten freiwillig mehr für Natur und Umwelt als grüne Öko-Bürokratie und staatliche Verbotspolitik.

Deshalb setzt die **FDP des Kreises Plön** auf persönliche Verantwortung und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Mit öffentlichen Geldern finanzierte Maßnahmen können privaten Eigentümern Vorbilder sein. Nur Menschen, die die Natur kennen und mit ihr vertraut sind, haben aus eigenem Erleben eine positive Beziehung zur Natur und schützen sie besser, als unkontrollierbare Verordnungen dies je erreichen können. Daher muss eine Naturschutzpolitik langfristig scheitern, die den Menschen aussperrt. Nicht Naturschutz und Umweltpolitik gegen die Menschen, sondern mit ihnen und für sie ist das Konzept der **FDP**.

Die FDP des Kreises Plön will daher:

- die Gewinnung von regenerativen Energien fördern.

- Kreiseigene Gebäude (als Vorbildfunktion) auf regenerative Energie umstellen.

Die Förderung von regenerativen und alternativen Energien ist wichtig, um den technischen Fortschritt und die Weiterentwicklung , insbesondere mit Hinblick die Endlichkeit der fossilen Rohstoffe, zu fördern.
Die finanzielle Förderung muss für die Investoren plan- und berechenbar sein, darf aber nicht zur Dauersubvention werden, sondern sie muss befristet sein.

VI. Wirtschaft fördern – Arbeitsplätze schaffen

1. Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Trotz des aktuellen Wirtschaftswachstums bleibt festzuhalten, dass auch im Kreis Plön noch zu viele Menschen ohne Arbeit sind.

Grundlage für Leben und Wohlergehen der Menschen sind sichere Arbeitsplätze. Dafür ist die vorhandene **Wirtschaftskraft des Kreises** von entscheidender Bedeutung.

Aktive und wirkungsvolle Wirtschaftspolitik kann am besten dadurch gewährleistet werden, dass man den Unternehmen die größtmöglichen Gestaltungsspielräume lässt. Aktive Wirtschaftsförderung sollte sich nach Meinung der FDP auf die Kernaufgaben des Staates bzw. der Kreisverwaltung konzentrieren, nämlich auf den Ausbau günstiger Infrastrukturen, die Verkürzung von Genehmigungsverfahren, die Hilfestellung bei der Standortauswahl und die Vermeidung unnötiger baurechtlicher Auflagen. Bei Planungsprozessen soll sich der Kreis künftig weitestgehend zurückhalten, um auch hier mehr Wettbewerb zu ermöglichen und die kommunale Planungshoheit zu stärken.

Die Gemeinden tragen nicht nur Verantwortung für eine gute Wohnqualität ihrer Bürger, sondern auch für die **Arbeitsplätze künftiger Generationen**. Zur Erhöhung der Wirtschaftskraft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze ist die Ansiedlung neuer Unternehmen und Betriebe daher zu intensivieren. Dies möchte die FDP durch die Schaffung eines positiven Wirtschaftsklimas und attraktiven Rahmenbedingungen erreichen. Dazu gehören:

- eine gut ausgebaute Infrastruktur,
- eine niedrige Steuer- und Abgabenlast,
- eine Vielfalt von „weichen“ Standortfaktoren wie gute Schul- und Bildungsangebote, ein vielseitiges Freizeitangebot sowie ein interessantes Kulturleben,
- eine marktgerechte und verbraucherfreundliche Gestaltung des Wirtschaftsumfeldes (Parkraum, Ladenöffnungszeiten).

2. Tourismus

Der **Tourismus** ist für den Kreis Plön einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Er muss daher gesichert und gestärkt werden, damit er in dem sich verschärfenden Wettbewerb, insbesondere gegen die wachsende Konkurrenz von Urlaubsangeboten in den neuen Bundesländern, auch langfristig bestehen kann. Allerdings kann nur durch weitere Professionalisierung (Modernisierung und Klassifizierung der Unterkünfte, Internetbuchbarkeit, etc.) und eine Vervielfältigung des Angebotes dieses Ziel erreicht werden.

Die FDP des Kreises Plön unterstützt daher:

- alle gemeinsamen Werbe- und Vermarktungsstrategien mit den Nachbarkreisen, insbesondere mit dem strukturell sehr ähnlichen Kreis Ostholstein,

- Maßnahmen zur Erhaltung einer sauberen, reizvollen Landschaft sowie einer gesunden Natur,

- die Unterhaltung und ausgeweitete Nutzung von Wirtschaftswegen zum Wandern, Radfahren und Reiten,

- die Abstimmung der verkehrspolitischen Maßnahmen mit den Anforderungen des Tourismus,

- die Erweiterung kultureller Angebote, die vor allem für Gäste interessant sind.

3. Landwirtschaft

Die Landwirtschaft hat den Kreis Plön geprägt. Ein hoher Anteil der Arbeitsplätze im Kreis Plön ist mit der Landwirtschaft verbunden. Sie ist unentbehrlicher Teil der Volkswirtschaft. Liberale Agrarpolitik setzt auf eine vielfältige Landwirtschaft im Sinne eines freien Unternehmertums, in der unterschiedliche Betriebsformen und Wirtschaftsweisen ihre Chance nutzen können und sollen. Betriebshilfsdienste sind zu unterstützen. Die Kommunalpolitik hat der Landwirtschaft verlässliche Rahmendaten zu setzen, damit die Betriebe ihre Lage objektiv einschätzen können.

Der Ausbildung der Betriebsleiter und der Fachkräfte vor Ort kommt besondere Bedeutung zu.

Die **FDP des Kreises Plön** will daher

- den objektiven Dialog zwischen kommunaler Verwaltung und Landwirtschaft wiederherstellen,

- gewachsene Strukturen, welche die Grundlage für die zukünftige Entwicklung unserer landwirtschaftlichen Betriebe bilden, in Landschaftsplänen, Strukturentwicklungsanalysen, Flurbereinigungsverfahren etc. berücksichtigen,

- das Baurecht, sprich Baugenehmigungsverfahren, nicht vorrangig als Verhinderungsrecht, sondern als das Recht eines jeden Bürgers auf Durchführung von Baumaßnahmen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben sehen,

- alternative Einkommensquellen zugänglich und evtl. durch Förderung lukrativ machen, wie z. B. Biomasse, Biodiesel, Heizkraftwerke, Biogasanlagen, Windenergie oder ländlicher Tourismus,

- für eine hochwertige, den zukünftigen Anforderungen entsprechende Ausbildung und Weiterbildung unserer jungen Landwirte sorgen.

Gerade in unseren ländlich strukturierten Kreisen gilt es, alles dafür zu tun, die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, sowie im vor- und nach gelagerten Bereich, zu erhalten und zu flexibilisieren.

Naturschutz, Umweltschutz und Landwirtschaft sind keine Gegensätze, nur gemeinsames Agieren aller Interessengruppen führt zu einem vernünftigen Naturschutz, zu einem verantwortungsbewussten Umweltschutz und zu einer intakten Landwirtschaft.

Vor dem Hintergrund der Gammelfleischskandale muss der vorsorgende Gesundheits- und Verbraucherschutz gestärkt und durch privatrechtliche Elemente ergänzt werden.

Die schwarz-rote Bundesregierung setzt mit der so genannten Agrarwende keine und wenn, nur die falschen Rahmenbedingungen für den Verbraucherschutz und für die heimische Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Die Verbraucher sind durch nationale Alleingänge beim Verbraucherschutz in einem offenen Binnenmarkt nicht wirklich zu schützen. Bioenergie- und Nahrungsmittelproduktion müssen ausgewogen entwickelt werden, um eine sichere und ausreichende Versorgung beider Grundelemente des Lebens auch in Zukunft für alle Bürger gewährleisten zu können.

VII. Polizei stärken – Zivilcourage fördern

Angst vor Gewalt und Kriminalität schränkt die freie persönliche Entfaltung ein und mindert die Lebensqualität entscheidend. Sicherheit, die im Wesentlichen von Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz gewährleistet wird, ist die Grundlage individueller Freiheit.

Die FDP des Kreises Plön setzt sich daher auch weiterhin **dafür ein**, dass

- die Polizei von Verwaltungsaufwand und Aufgaben entlastet wird, die nicht der Strafverhinderung oder der Strafverfolgung dienen;
- die Zahl der Personalstellen bei der Polizei angehoben wird;
- die sachliche Ausstattung der Polizei verbessert wird;
- die kleinen Polizeidienststellen im ländlichen Raum erhalten bleiben;
- die verstärkte Zusammenarbeit von Jugend- und Sozialbehörden gefördert wird;
- die Gewalt an Schulen auch durch den Einsatz von Streitschlichtern bekämpft wird.

Zur **Verbesserung der Verbrechensvorbeugung** sollte auch jeder Einzelne selbst beitragen. **Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement** sind bei der Kriminalitätsbekämpfung wichtige und notwendige Elemente, die unterstützt und gefördert werden müssen.

„Hinsehen statt wegschauen; helfen statt wegducken“.

Die Fürsorge und Aufmerksamkeit für die Mitmenschen und die Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen führen zu einer Steigerung der Sicherheit und damit zur Überwindung der Angst vor Gewalt und Kriminalität und zur Steigerung der Lebensqualität.

VIII. Verkehrsinfrastruktur verbessern

Kreis und Gemeinden unterhalten und pflegen ein eigenes Straßennetz und wirken darüber hinaus an der Landes- und Bundesverkehrsplanung mit. Die Verkehrspolitik im Kreis Plön muss daher lokalen, regionalen und überregionalen Erfordernissen genügen. Verkehrspolitik muss allerdings auch neben dem Mobilitätsbedürfnis der Bürger den Aspekt der Sicherheit und dem schonenden Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen berücksichtigen. Eine Gesamtkonzeption für Raum und Verkehrsplanung muss daher langfristig angelegt und schlüssig sein.

Eine sinnvolle und vertretbare **Verkehrsregelung** muss mit angemessenen und finanziell zu vertretenden Mitteln geschehen und in das Orts- und Landschaftsbild passen. Die Interessen des Handels, der Gewerbetreibenden und des Tourismus sind dabei zu berücksichtigen

Dagegen werden alle Maßnahmen unterstützt, die geeignet und finanziell vertretbar sind, den **Umstieg vom eigenen Auto auf öffentliche Verkehrsmittel** zu fördern. Hierzu reichen marginale Verbesserungen des bestehenden ÖPNV-Angebotes nicht aus. Vielmehr muss eine bessere Verzahnung des Individualverkehrs mit dem ÖPNV erfolgen.

Die **FDP des Kreises Plön** will daher:

- eine Ausweitung der Park-and-Ride-Angebote,
- eine bessere Abstimmung der Fahrzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel untereinander,
- eine Verbesserung der Taktzeiten durch genauere Berücksichtigung von Schul- und Arbeitszeiten.

Weiterhin unterstützt die FDP des Kreises Plön die Planungen zur Einführung einer StadtRegionalBahn (SRB) um die Verkehrsbelastung auf den stadtregionalen Bundesstraßen, die auch durch den Kreis Plön führen (z.B. B76), zu minimieren und für die Region eine gute Alternative zum Auto zu schaffen.

Die FDP setzt sich für den Bau einer Verbindung von der Pohnsdorfer Straße in Preetz zur Ortsumgehung der B76 (Nordspange) sowie die Untertunnelung der Bahngleise am Bahnübergang (Nadelöhr) Pohnsdorfer Straße in Preetz ein.

Radfahren muss sicherer werden. Dazu sind zunächst alle Möglichkeiten zu nutzen, vorhandene Straßen und Wege durch optische Abtrennung und Kennzeichnung für sicheren Radfahrverkehr zu erschließen.

Der **Ausbau des Radwegenetzes** darf durch die angespannte finanzielle Situation öffentlicher Haushalte nicht völlig zum Erliegen kommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass öffentliche Aufträge in diesem Bereich eine sinnvolle und notwendige Unterstützung der heimischen Bauwirtschaft darstellen.

FDP Listenkandidaten
Zur Kommunalwahl am 25. Mai 2008

Listenplatz		
1.	**Martin Wolf**	**Rechtsanwalt, Tel. 04342-1447 Birkenweg 57, 24211 Preetz**
2.	**Hans-Joachim Voigt**	**Jurist, Tel. 04307-839820 Lindenstr. 7, 24223 Schwentinental**
3.	**Christiane Coenen**	**Verw.-Beamtin, Tel. 04526-653 Am Marienhof 2, 24326 Ascheberg**
4.	**Klaus-Peter Bülowius**	**Steuerberater, Tel. 0431-202910 Söhren 8, 24248 Mönkeberg**
5.	**Wolfgang Pregel**	**Bankkaufmann, Tel. 04323-96683 Lindenallee 6, 24601 Schönböken**
6.	**Gabriele Killig**	**Rektorin a.D., Tel. 04522-6338 *Klanderstr. 10, 24306 Plön***
7.	**Florian Krätz**	**Gymnasiast, Tel. 04383-794 Mühlenbergring 4, 24329 Grebin**
8.	**Ursula Voigt**	**Sonderschullehrerin, Tel. 04307- 839820 Lindenstrasse 7, 24223 Schwentinental**
9.	**Dr. Achim Zeidler**	**Dipl. Volkswirt, Tel. 04381- 416722 Seestr. 2, 24321 Hohwacht**
10.	**Heino Schulz**	**Rentner, Tel. 04348-912647, Schönberger Landstr. 127, 24232 Schönkirchen**
11.	**Jürgen Toziegel**	**Rentner, Tel. 04307-6093 Rönner Weg 22, 24223 Schwentinental**
12.	**Jörg-Peter Siegel**	**Berufssoldat a.D., Tel. 04526-254945 Glasholz 19, 24326 Ascheberg**
13.	**Peter Dietrich**	**Dipl.Wirtsch.-Ing, Tel. 04348-8594 Schulkoppel 15, 24232 Dobersdorf**
14.	**Klaus Dygutsch**	**Dipl.-Ingenieur, Tel. 04342-1515 Birkenweg 89, 24211 Preetz**